

Anlage 3

Die Oberbürgermeisterin

24.11.2015

Stadtplanungsamt
61, 612
Stadthaus Willy-Brandt-Platz 2
50679 Köln

N I E D E R S C H R I F T

über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung zum städtebaulichen Planungskonzept
„Langeler Berg“ in Köln-Porz-Langel

Veranstaltungsort: Mehrzweckhalle der Katholischen Grundschule "Hinter der Kirche" in Porz-Langel

Termin: 19.11.2015

Beginn: 19.05 Uhr

Ende: 20:50 Uhr

Besucher: ca. 50 Bürgerinnen und Bürger

Teilnehmer/Teilnehmerin: Vorsitzender/Politik:
Herr van Benthem, Bezirksbürgermeister Stadtbezirk Porz
Herr Becker, Leiter Bezirksamt Porz

Verwaltung:
Frau Müssigmann, Stadtplanungsamt
Herr Hülsebusch, Stadtplanungsamt

Planung:
Herr Faßbinder, Stadtplanung Zimmermann GmbH

Niederschrift:
Frau Neumann, Stadtplanung Zimmermann GmbH

Herr van Benthem, Bezirksbürgermeister des Stadtbezirkes Porz, begrüßt die zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung „Langeler Berg in Köln-Porz-Langel“ erschienenen Bürgerinnen und Bürger. Er stellt die Teilnehmer des Podiums vor, erläutert den Ablauf der Veranstaltung und bittet die Bürgerinnen und Bürger die ausgelegten Wortmeldungszettel für Fragen und Anregungen zu benutzen. Er weist darauf hin, dass die Veranstaltung aufgezeichnet wird.

Herr Hülsebusch erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation den Ablauf eines Bebauungsplanverfahrens. Die Öffentlichkeit ist möglichst frühzeitig über die Planung und die wesentlichen Auswirkungen zu unterrichten, was mit dieser Abendveranstaltung geschehen soll. Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort haben anschließend ein weiteres Mal Gelegenheit, sich an der Planung zu beteiligen. Hierzu findet im weiteren Planverfahren eine öffentliche Auslegung der Planung im Stadthaus Deutz statt. Hier wird den Bürgerinnen und Bürgern erneut die Möglichkeit eingeräumt, sich über die Planung und Gutachtenergebnisse zu informieren. Die öffentliche Auslegung wird ortsüblich bekannt gemacht und in einem Zeitraum von einem Monat haben die Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit, ihre Stellungnahmen abzugeben. Schriftliche Stellungnahmen zur Planung können noch bis zum 27. November 2015 an den Bezirksbürgermeister Herrn van Benthem gerichtet werden.

Herr Hülsebusch stellt das städtebauliche Konzept vor. Die Planung sieht vor, im Bereich der Straße Langeler Berg eine Wohnbebauung mit 9 Doppelhäusern zu realisieren. Das Plangebiet wird zurzeit landwirtschaftlich genutzt. Zur Erschließung des Plangebiets ist eine neue Stichstraße geplant. Die Häuser sind als zweigeschossige Gebäude mit Satteldach vorgesehen. Ergänzend zur Wohnbebauung soll ein öffentlicher Kinderspielplatz den Eingangsbereich gestalten und das Angebot für Kinder und Jugendliche im Ortsteil Langel ergänzen. Die vorhandenen Erschließungsstraßen Langeler Berg und Hintergasse werden erstmalig mit einem öffentlichen Fußweg versehen. Im weiteren Verfahren werden eine Verkehrsuntersuchung, ein Lärmgutachten, eine Artenschutzvorprüfung und eine Umweltprüfung mit Umweltbericht durch entsprechende Fachgutachter erarbeitet.

Herr van Benthem gibt den Bürgerinnen und Bürgern anschließend die Möglichkeit ihre Fragen und Anregungen vorzutragen.

Inhalte der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung zum städtebaulichen Planungskonzept des Bebauungsplanes „Langeler Berg in Köln-Porz-Langel“:

1)

NN möchte wissen, ob eine Bebauung mit 9 Doppelhäusern bereits beschlossene Sache ist oder ob am grundsätzlichen Planungsziel noch gerüttelt werden kann. Auf welcher Grundlage konnten die Wohnhäuser an der Sandbergstraße gebaut werden?

Frau Müssigmann stellt klar, dass sich die Planung in einem sehr frühen Stadium befindet und auch noch geändert werden kann. Alle Anregungen werden aufgenommen und geprüft. Wenn das Ergebnis ist, dass die Planung nicht gewollt ist, dann wird auch darüber nachgedacht. Die Wohngebäude an der Sandbergstraße konnten auf der Grundlage des alten Bebauungsplanes von 1965 genehmigt werden. Erst vor kurzem wurde ein Investor gefunden, der bereit und in der Lage war diesen Bereich umzusetzen. Er hatte auf Grund des bestehenden rechtsverbindlichen Bebauungsplanes einen Rechtsanspruch auf Erteilung der Baugenehmigung.

2)

NN weist auf die schwierige Verkehrssituation hin. Das Profil der Straße Langeler Berg ist schon jetzt viel zu schmal. Es ist auffällig, dass die Planstraße im vorgestellten städtebaulichen Konzept breiter ist als die Straße Langeler Berg. Begegnungsverkehr am Langeler Berg ist nicht möglich. Ein Verkehrskonzept für die Hintergasse wird vermisst. Er stellt die Frage, wer das städtebauliche Konzept entwickelt hat - Stadtplanung Zimmermann oder der Investor?

Frau Müssigmann erläutert, dass das städtebauliche Konzept vorsieht, das Straßenprofil sowohl des Langeler Berges als auch der Hintergasse um einen Gehweg zu erweitern, so dass sich zumindest die Situation für die Fußgänger entschärft. Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wird durch ein Fachbüro ein Verkehrsgutachten erstellt, das die Auswirkungen der Planung untersucht. Sollte das Gutachten ergeben, dass das Profil der beiden Straßen zu eng ist, muss das Bebauungsplanverfahren entsprechend darauf reagieren. Das städtebauliche Konzept zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan wurde durch den Architekten des Investors in enger Abstimmung mit der Stadt erarbeitet.

NN fragt, warum die südlich angrenzenden Flächen nicht mit in die Planung einbezogen wurden?

Frau Müssigmann erläutert, dass im Rahmen eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes nur Flächen überplant werden können, die in der Verfügungsgewalt des Vorhabenträgers liegen. Im Planungskonzept ist ein Erschließungsansatz vorgesehen; eine spätere Erschließung der südlich angrenzenden Flächen wird also nicht verbaut.

3)

NN möchte wissen, was grundsätzlich geplant ist, um die Infrastruktursituation in Langel zu verbessern. Die Schulkinder müssen um 7:20 Uhr in den Bus steigen, damit sie um 8:00 Uhr in Zündorf sind. Die Verkehrssituation wird nicht besser, wenn weitere Wohneinheiten (WE) in Langel und Zündorf-Süd hinzuzukommen.

Frau Müssigmann erläutert, dass die Kita- und Grundschulsituation in Langel ausreichend ist; Kapazitäten sind ausreichend vorhanden. Die Fachdienststelle wurde im Verfahren beteiligt und hat sich entsprechend geäußert. Für die Errichtung weiterführender Schulen in Langel ist die Mantelbevölkerung nicht ausreichend groß, d.h. eine gewisse

Einwohnerzahl muss erreicht sein. Hier müssen die weiten Wege nach Zündorf wohl auch langfristig in Kauf genommen werden.

Die Stadt ist sich bewusst, dass die Verkehrsinfrastruktur im Süden von Porz mehr als problematisch ist. Eine regionale Verkehrskonzeption ist in Arbeit, Gespräche mit den südlich angrenzenden Gemeinden zur Ortsumgehung haben statt gefunden. Die Planung für das Neubaugebiet Zündorf Süd mit 2.250 neuen Einwohnern ist deshalb zunächst auf Eis gelegt, bis die Verkehrsprobleme gelöst sind. Das Land NRW hat in Gesprächen mit der Stadt für die Finanzierung der Ortsumgehung Zündorf eine hohe Priorität in Aussicht gestellt.

Zur Verbesserung der Nahversorgung in Langel gibt es derzeit Gespräche mit einem Nahversorger, der am nördlichen Ortseingang einen Lebensmittelmarkt errichten will. Ein bestehender Bebauungsplan für Wohnbebauung soll dafür entsprechend geändert werden.

Herr van Benthem ergänzt, dass in der Vergangenheit viele Fehler beim Thema Infrastruktur gemacht wurden, sowohl durch die Verwaltung als auch durch die Politik. Das Straßennetz in Langel verfügt nur über wenige enge Straßen; dennoch kann eine Bebauung mit 18 zusätzlichen Wohneinheiten zu keinen wesentlichen zusätzlichen Verkehrsproblemen führen.

NN fragt, ob die Verlängerung der Stadtbahnlinie 7 überhaupt noch zur Diskussion steht.

Frau Müssigmann berichtet von der Zusage des Landes für die Verlängerung der Linie 7 um zwei weitere Haltestellen bis zur Ranzeler Straße in einer ersten Baustufe. Das Land hat erkannt, dass Köln eine wachsende Stadt ist und stellt eine Finanzierung in Aussicht, wenn die Planungen für Zündorf Süd hinreichend konkret sind. Dies stellt eine Veränderung in den Finanzierungsmodalitäten dar; früher gab es eine Finanzierung erst nach Fertigstellung der Bebauung. Für eine Verlängerung der Linie 7 bis Langel bzw. Niederkassel hat eine Kosten-Nutzen-Rechnung ergeben, dass dies nicht wirtschaftlich ist, d.h. die Höhe der Baukosten steht in keinem Verhältnis zur Anzahl der Einwohner im 500-m-Radius. Eine Verlängerung der Linie 7 bis Langel kann also nicht in Aussicht gestellt werden, es sei denn die Fördermodalitäten ändern sich.

NN wirft ein, dass der Bau der Nord-Süd-U-Bahn auch nicht wirtschaftlich ist.

Herr van Benthem stimmt ihm zu, sein Einwand ist nachvollziehbar. Heute geht es aber um 18 WE in Langel.

4)

NN fordert die CDU auf, ihr Wort zu halten und zunächst die Fertigstellung einer Umgehungsstraße und die Verlängerung der Linie 7 anzugehen, bevor weitere Häuser gebaut werden. Sie gibt zu bedenken, dass die demografische Entwicklung nach 2025 wieder rückläufig sein wird und die Zahl der alten Menschen (>65 Jahre) weiter steigen wird. Ein funktionsfähiges ÖPNV-Netz muss daher Ziel der Stadt sein, um für die Zukunft fit zu sein.

Herr van Benthem versichert, dass für die Realisierung von weiteren 200 WE zunächst die Infrastruktur vorhanden und der Transport gewährleistet sein muss. Für die geplanten 18 WE am Langel Berg kann aber auch kurzfristig eine Lösung gefunden werden.

Frau Müssigmann ergänzt, dass die Stadt viele Hausaufgaben zu erledigen hat. Sie muss eine tragfähige Infrastruktur für die wachsende Stadt und den demographischen Wandel bereitstellen. Prognosen werden überarbeitet werden müssen. Die Stadt Köln

wird weiter eine wachsende Stadt bleiben, die Geburtenraten steigen wieder, mit weiteren Zuwanderungen ist zu rechnen. Die klassische Bevölkerungspyramide wird sich umkehren und auf den Kopf stellen. Zu den Hausaufgaben der Stadt gehört aber auch der Wohnungsbau.

5)

NN stellt eine Präsentation vor, die in Zusammenarbeit mit einigen Nachbarn entstanden ist. Sie enthält einen "Gegenvorschlag", der im Wesentlichen eine geänderte Erschließung, die halbe Anzahl an Wohneinheiten bei 500-550 m² großen Grundstücken, Häuser in Eigentum, ein grünes Wohnumfeld, zusätzliche öffentliche Stellplätze, Einrichtungsverkehr für Autos in der Hintergasse und Langeler Berg sowie die Verkehrsberuhigung der beiden Straßen zum Inhalt hat. Die Präsentation ist als Anlage dieser Niederschrift beigefügt.

NN fragt sich, wer sich ein Einfamilienhaus mit 550 m² Grundstücksfläche leisten kann.

NN ist der Meinung, dass ein entsprechender Bedarf an Einfamilienhäusern gegeben ist und auch solche Grundstücksgrößen gekauft werden. Er weist darauf hin, dass weniger Wohneinheiten in der Folge auch weniger Verkehr bedeuten.

Herr van Benthem bedankt sich für die konstruktive Kritik.

Her Faßbinder äußert sich positiv zum bisherigen Verlauf der Veranstaltung. So viel konstruktive Kritik gebe es selten. Eine erste Planungsidee wurde durch die Verwaltung vorgestellt, eine zweite Planungsvariante wurde heute durch die Anwohner präsentiert. Es ist der Sinn einer frühzeitigen Beteiligung, mit einer plakativen Planungsidee frühzeitig Informationen einzuholen, um danach zu einer Kompromisslösung zu kommen.

Es ist jetzt Aufgabe des Verkehrsgutachters, beide vorgestellten Lösungen zu untersuchen. Er wird Aussagen treffen müssen zur besten Lage des neuen Knotenpunktes, zur Lage der Stellplätze, zu den vorgeschlagenen Einbahnstraßenregelungen (Einbahnstraßen erzeugen Verkehre!). Er muss auch Aussagen treffen zu der Frage, ob zwischen 9 und 18 Wohneinheiten ein Unterschied in der Verkehrsbelastung wahrnehmbar ist.

6)

NN weist darauf hin, dass viele Autofahrer von der Sandbergstraße auf die Hintergasse ausweichen. Insbesondere in der nördlichen Hintergasse wird viel zu schnell gefahren. Durch das Fehlen von Gehwegen sind Fußgänger in besonderem Maß gefährdet. Wie sieht hier die Planung für die Zukunft aus? Wenn nun durch die Neubebauung mehr Autos hinzukommen, werden dann mehr Parkplätze angeboten?

Frau Müssigmann nimmt den Hinweis zur Prüfung der Verkehrssituation gerne auf. Die genannten Themen müssen jetzt betrachtet werden. Einbahnstraßenlösungen werden grundsätzlich für schwierig gehalten, da sie Umwege und höhere Geschwindigkeiten erzeugen. Es ist genau zu untersuchen, wer wie schnell fährt und was dagegen zu tun ist. Die Ausweisung einer Spielstraße kann eine mögliche Lösung sein. Hier werden Vorschläge des Gutachters erwartet.

7)

NN erkundigt sich nach der konkreten Zeitplanung für die Verkehrsanbindung und für die Bebauung am Langeler Berg (Süd- und Nordbebauung) und am Krausberg.

Frau Müssigmann erläutert, dass das heute vorgestellte Planverfahren rund zwei Jahre bis zur Rechtskraft dauern wird. Diese Zeit wird für alle Verfahrensschritte einschließlich politischer Beschlüsse benötigt, erst danach können Baugenehmigungen erteilt werden. Für das Gebiet am nördlichen Langeler Berg gibt es noch keine Zeitplanung. Auch der Bebauungsplan am Krausbergweg mit ca. 200 WE ist nicht Bestandteil der heutigen Diskussion. Der Krausbergweg wird erst realisiert, wenn die Infrastruktur entsprechend ausgebaut ist; hierzu gibt es einen politischen Koppelungsbeschluss.

8)

NN stellt klar, dass jede weitere Bebauung zu mehr Verkehr führen und die Infrastruktursituation weiter verschlechtern wird. Insgesamt sind in Langel in den nächsten Jahren 340 neue Wohneinheiten in mehreren Baugebieten geplant; heute wird nur eine Teilbebauung vorgestellt. Er fordert, die Bebauung Krausbergweg und Langeler Berg erst zu realisieren, wenn die Linie 7 verlängert wurde und die Ortsumgehung gebaut ist, wie im Übrigen auch im Wohnungsbauprogramm 2015 festgeschrieben. Eine Verlängerung der Linie 7 um zwei Haltestellen ist nicht ausreichend; mindestens 10 zusätzliche Haltestellen sind erforderlich! Für eine Verlängerung der Linie 7 sollte auch der Rhein-Sieg-Kreis mit einbezogen werden. Die genannte Kosten-Nutzen-Rechnung ist nicht nachvollziehbar. In Langel finden sich historische Straßen ohne Geh- und Radwege. Die Stadt sollte über den Tellerrand und nicht nur auf die heute vorgestellten 18 WE schauen! Das Wohnungsbauprogramm ist dringend zu beachten.

Frau Müssigmann berichtet, dass zurzeit ein interkommunales Verkehrsentwicklungskonzept gemeinsam mit den südlich angrenzenden Gemeinden in Arbeit ist. Die Suche nach einer Trasse für eine Umgehungsstraße ist in vollem Gange, die Verwaltung schaut also über den Tellerrand!

Herr Faßbinder fügt hinzu, dass in diesem Zusammenhang alle Wohnbauflächenpotentiale der südlich angrenzenden Gemeinden (Troisdorf, Niederkassel) und von Porz erhoben werden, so dass dann alle Ziel- und Quellverkehre bekannt sind und in die Untersuchung einfließen können. Dies stellt eine gute Grundlage dar, um die Verkehrsentwicklung beurteilen zu können. Zündorf Süd und weitere große Wohngebiete mit vielen WE sind geplant; heute geht es nur um 9 bzw. 18 WE. Es kann nicht sein, dass bis zur Fertigstellung des Verkehrskonzeptes und der darin vorgeschlagenen Maßnahmen ein kompletter Baustopp auch für kleinere Projekte durchgesetzt wird. Für Zündorf-Süd mag dies gelten, nicht aber für 18 WE am Langeler Berg.

Herr van Benthem ist auch gespannt auf die Ergebnisse des Verkehrskonzeptes. Er ergänzt einen Appell an die Kölner Verwaltung: Die Porzer wollen nicht in der Großstadt Köln leben, sondern in Porz. Dies sollte entsprechend berücksichtigt werden. Die Porzer wollen ihre Dörfer behalten, deshalb ist man hier vielleicht restriktiver als in anderen Stadtteilen.

9)

NN stellt klar, dass die äußere Verkehrserschließung für das geplante Wohngebiet nicht gegeben ist. Die Problemlösung liegt nicht nur in der Verlängerung der Linie 7. Die Stadtbahn ist zu Stoßzeiten überfüllt, längere Bahnen sind aufgrund der Länge der Bahnsteige nicht möglich, eine Taktverkürzung ist wegen der innerstädtischen Engstelle Deutzer Brücke nicht umsetzbar.

In den nächsten zwei Jahren kommen weitere Wohnungen aus dem Rhein-Sieg-Kreis, aus Zündorf etc hinzu; wie soll der zusätzliche Verkehr bewältigt werden? In den letzten 40 Jahren hat sich an der Infrastruktur in Porz nichts verbessert! Das Nadelöhr ist Porz-Mitte; eine alternative Umfahrung in Richtung Autobahn ist nicht Ziel führend, da die

meisten Porzer in Richtung Kölner Innenstadt fahren wollen. Der Verkehr muss aber ohne große Umwege in Richtung Köln gelenkt werden.

18 Stellplätze für 18 WE sind nicht ausreichend. Je Wohnung ist vielmehr mit 2-3 Autos zu rechnen. Die Erfahrung zeigt, dass die Autos auf der Straße geparkt werden. Was konkret will die Verwaltung zur Verbesserung der Verkehrssituation beitragen?

Frau Müssigmann sagt zu, das Thema Stellplätze als Hausaufgabe mit zu nehmen. Die Verbesserung der Verkehrssituation und die Verlängerung der Linie 7 sind Themen, die auch kurzfristig angegangen werden müssen. Eine Verbesserung der Situation beim Individualverkehr kann jedoch nur zu Lasten von längeren Wegen erfolgen. Der kürzeste Weg von a nach b kann nicht zugesichert werden. Der Focus muss auf beidem liegen: Verbesserung der Infrastruktur und Aktivierung von kurzfristig realisierbaren kleineren Flächen für Wohnungsbau.

Herr van Benthem ergänzt, dass Umwege sicher gerne in Kauf genommen werden, wenn man dafür nicht im Stau steht.

10)

NN regt an, den geplanten Spielplatz nicht an der Straße, sondern im Bereich des Wendehammers zu realisieren. Dies führt zu mehr Sicherheit für die Kinder, insbesondere da am Langel Berg keine 30 km/h eingehalten werden. Sie fragt, ob der Spielplatz öffentlich wird. Die geplante Spielfläche wird als zu klein empfunden.

Frau Müssigmann antwortet, dass hier ein öffentlicher Kinderspielplatz für alle Langel Kinder geplant ist. Die Anregung, über die richtige Lage des Spielplatzes noch mal nachzudenken, wird mitgenommen.

Herr Faßbinder erwidert, dass im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens das entsprechende Fachamt der Stadtverwaltung sich im Verfahren dazu äußern wird, welche Flächengröße hier erforderlich wird und wie der Spielplatz auszusehen hat.

11)

NN möchte wissen, wie und wann die Langel Bürger über den Fortgang der Planung und über das Ergebnis der Verkehrsuntersuchung informiert werden.

Herr Hülsebusch informiert, dass im Rahmen des zweiten Beteiligungsschrittes, der öffentlichen Auslegung, die angepasste Planung bzw. der Bebauungsplanentwurf einschließlich aller erforderlichen Gutachten im Stadtplanungsamt im Stadthaus Deutz eingesehen werden kann. Der Termin wird in der Presse bekannt gemacht.

Herr Faßbinder verweist auf die Sitzungen der Bezirksvertretung Porz, die in öffentlicher Sitzung über die Planung und die eingegangenen Stellungnahmen beraten. Alle eingegangenen Stellungnahmen werden in öffentlicher Sitzung abgewogen. Alle Entscheidungsprozesse der Verwaltung und der Politik sind somit transparent und nachvollziehbar. Die Sitzungsvorlagen sind im Ratsinformationssystem der Stadt Köln online abrufbar.

12)

NN möchte wissen, ob über eine Erschließung des Plangebietes über die Sandbergstraße nachgedacht wurde.

Frau Müssigmann sichert zu, dass alternative Erschließungskonzepte geprüft werden. Die Politik wird dann entscheiden, ob und wie das Verfahren fortgeführt wird.

13)

NN gibt zu bedenken, dass der Charakter Langels sehr schön ist und erhalten werden sollte. Über eine Herausnahme des Autoverkehrs aus den Wohngebieten sollte nachgedacht werden. Aus den historischen, engen Straßen kann man keine Autobahnen machen. Die Umsetzung des Verkehrskonzeptes liegt in weiter Ferne, kurzfristig sind aber ebenfalls Lösungen gefragt. Wenn man das Verkehrsaufkommen nicht in den Griff bekommt, können weitere Flächen für Wohnungsbau nicht genutzt werden.

Herr van Benthem nimmt die Anregung auf.

14)

NN ergänzt, dass sie auf die KVB angewiesen ist, da sie kein Auto besitzt. Sie weist darauf hin, dass die Linie 7 und der Bus an der Endhaltestelle Zündorf, der vom Rhein-Sieg-Kreis betrieben wird, nicht aufeinander abgestimmt sind und so teilweise sehr lange Wartezeiten von bis zu einer Stunde entstehen. Zu Fuß nach Langel zu gehen ist nicht möglich, da man im Dunkeln über die Felder gehen müsste. Insgesamt ist man als Fußgänger in Langel verloren, da es kaum Gehwege und kein abgestimmtes ÖPNV-Netz gibt. Zumindest letzteres Problem wäre kurzfristig lösbar.

Frau Müßigmann sagt zu, dieses Problem an die KollegInnen der KVB weiter zu geben.

15)

NN möchte wissen, wer der Anwesenden die geplante Bebauung überhaupt befürwortet.

Herr van Benthem lässt abstimmen, wer grundsätzlich für eine Bebauung ist. Zwei Personen sind dafür, zwei enthalten sich, der Rest ist dagegen. Anschließend will er wissen, wie die Prioritäten aussehen, wenn die beiden vorgestellten Konzepte zur Wahl stehen. Die Mehrheit der Anwesenden ist für den Langeler Vorschlag, zwei Personen enthalten sich. Letztendlich wird die Politik über die Varianten entscheiden.

Herr van Benthem bietet an, Fragen an ihn im Bezirksamt zu stellen, persönlich oder telefonisch.

NN übergibt **Herrn van Benthem** die vorgestellte Präsentation mit 19 Unterschriften der Anwohner.

Herr van Benthem bedankt sich bei allen erschienenen Bürgerinnen und Bürgern, den Teilnehmern des Podiums, den Vertretern des Investors und der Tontechnik, wünscht einen schönen Abend und schließt die Veranstaltung um 20:50 Uhr.

gez. Henk van Benthem

(Bezirksbürgermeister Porz)

gez. Henrike Neumann

Stadtplanung Zimmermann
GmbH
(Schriftführerin)